

Neues Bundesmeldegesetz ab 1. November 2015

Am 1. November 2015 tritt das neue Bundesmeldegesetz in Kraft. Damit treten zugleich neue Regelungen in Kraft, die von Bürgerinnen und Bürgern z.B. bei einem Wohnungswechsel künftig zu beachten sind. Wissenswerte Regelungen des neuen Bundesmeldegesetzes werden hier dargestellt:

Anmeldung und Abmeldung

Es bleibt bei der in Deutschland bekannten Pflicht zur An- und Abmeldung bei der Meldebehörde. Wer eine Wohnung bezieht, hat sich innerhalb von **zwei Wochen** nach dem Einzug bei der Meldebehörde anzumelden.

Die **Abmeldung** einer Wohnung bei der Meldebehörde ist **nur erforderlich**, wenn nach dem Auszug aus einer Wohnung **keine neue Wohnung in Deutschland bezogen wird**. Dies ist z. B. der Fall, wenn Deutschland verlassen, also der Wohnsitz in das Ausland verlegt wird oder eine Nebenwohnung aufgegeben wird. Eine Abmeldung ist frühestens eine Woche vor dem Auszug möglich, sie muss innerhalb von zwei Wochen nach dem Auszug bei der Meldebehörde erfolgen.

Wer in das Ausland umzieht kann bei der Abmeldung künftig bei der Meldebehörde seine Anschrift im Ausland hinterlassen. Die Auslandsanschrift wird im Melderegister gespeichert. In diesem Fall kann die Behörde z. B. im Zusammenhang mit Wahlen mit der Bürgerin oder dem Bürger Kontakt aufnehmen.

Die **Abmeldung einer Nebenwohnung** erfolgt künftig **nur noch bei der Meldebehörde, die für die alleinige Wohnung oder die Hauptwohnung zuständig ist**.

Für folgende Lebenslagen sieht das Bundesmeldegesetz künftig zusätzlich zu den bereits geltenden Ausnahmen weitere **Ausnahmen von der Meldepflicht** vor:

- Wer in Deutschland aktuell bei der Meldebehörde gemeldet ist, und für einen nicht länger als sechs Monate dauernden Aufenthalt eine weitere Wohnung bezieht, muss sich für diese weitere Wohnung weder an- noch abmelden. Die Anmeldung muss künftig für diese weitere Wohnung erst nach Ablauf von sechs Monaten erfolgen.
- Für Personen, die sonst im Ausland wohnen und im Inland nicht gemeldet sind, besteht eine Anmeldepflicht erst nach dem Ablauf von drei Monaten.
- Solange Bürgerinnen und Bürger in Deutschland aktuell bei der Meldebehörde gemeldet sind, müssen sie sich nicht anmelden, wenn sie in Krankenhäusern, Pflegeheimen oder sonstigen Einrichtungen, die der Betreuung pflegebedürftiger oder behinderter Menschen oder der Heimerziehung dienen, aufgenommen werden oder dort einziehen.

Wieder eingeführt wird die **Mitwirkungspflicht des Wohnungsgebers bzw. des Wohnungseigentümers** bei der Anmeldung und bei der Abmeldung (z. B. beim Wegzug in das Ausland), damit sollen künftig sogenannte Scheinanmeldungen wirksamer verhindert werden. Wohnungsgeber sind Vermieter oder von ihnen Beauftragte wie z. B. Wohnungsverwaltungen.

Wohnungsgeber können selbst auch Wohnungseigentümer sein, oder auch Hauptmieter die Wohnungen oder Zimmer untervermieten. Wohnungsgeber **müssen** den Mieterinnen und Mietern den **Ein- oder Auszug schriftlich bestätigen**. Ein **Muster einer Wohnungsgeberbescheinigung kann auf der Homepage der Verwaltungsgemeinschaft Marktheidenfeld heruntergeladen werden oder ist im Meldeamt der Verwaltungsgemeinschaft erhältlich**. Die **Vorlage des Mietvertrages erfüllt die Voraussetzungen nicht!** Die **Wohnungsgeberbescheinigung ist stets bei der Anmeldung in der Meldebehörde vorzulegen**. **Kommen Wohnungsgeber ihrer Mitwirkungspflicht nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig nach, kann seitens der Meldebehörde ein Bußgeld verhängt werden.**

Auskünfte aus dem Melderegister

Auskünfte aus dem Melderegister an Private **zum Zwecke der Werbung und/oder des Adresshandels** sind künftig **nur noch zulässig**, wenn die Bürgerin und der Bürger **vorher in die Übermittlung ihrer Meldedaten für diese Zwecke eingewilligt haben**. Diese Einwilligung muss gegenüber Privaten ausdrücklich erklärt werden. Es besteht auch die Möglichkeit, bei der Meldebehörde eine Erklärung darüber abzugeben, dass die eigenen Daten zum Zwecke der Werbung und/oder des Adresshandels an Private herausgegeben werden dürfen. Diese Einwilligung bleibt bis zu ihrem Widerruf bestehen und muss nach einem Umzug nicht erneut abgegeben werden. Wurde keine Einwilligung erklärt, darf die Meldebehörde die Meldedaten nicht zum Zwecke der Werbung und/oder des Adresshandels herausgeben.

Außerdem dürfen Daten, die für Zwecke der **gewerbsmäßigen Anschriftenermittlung** durch eine Melderegisterauskunft erhoben worden sind, vom Datenempfänger nicht wiederverwendet werden (Verbot des Datenpooling). Die zweckwidrige Verwendung von zweckgebundenen Melderegisterauskünften bzw. die Wiederverwendung der Daten kann mit einem Bußgeld geahndet werden.

Weiterhin muss im Rahmen einer einfachen Melderegisterauskunft, die für gewerbliche Zwecke beantragt wird, der **gewerbliche Zweck künftig angegeben werden**. Die im Rahmen der Auskunft erlangten Daten dürfen dann **nur für diese Zwecke verwendet werden**.

Eine **strikte Zweckbindung** besteht auch für so genannte **erweiterte Melderegisterauskünfte**, für **Gruppenauskünfte** und für Daten, die **trotz bestehender Auskunftssperre** beauskunftet worden sind, weil eine Gefährdung der betroffenen Person ausgeschlossen werden kann. Wenn der jeweils **verfolgte Zweck erfüllt** ist, muss der Datenempfänger die **Daten löschen**.

Aufgrund der Verbesserungen zum Schutz der persönlichen Daten bei Auskünften aus dem Melderegister an Private ist die bisher im Melderecht vorgesehene Möglichkeit des Widerspruchs der Erteilung automatisierter Melderegisterauskünfte an Private weggefallen.